Bekanntmachung des Landratsamtes Aichach-Friedberg, Immissionsschutz:

„Bekanntgabe des Ergebnisses der allgemeinen Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht gemäß § 5 Absatz 2 UVPG

Vorhabensträger:

Schweiger Straßenbau GmbH, 85250 Altomünster

Vorhaben:

Errichtung und Betrieb einer Anlage zur Herstellung oder zum Schmelzen von Mischungen aus Bitumen oder Teer mit Mineralstoffen, einschließlich Aufbereitungsanlagen für bituminöse Straßenbaustoffe und Teersplittanlagen und einer Anlage zum Lagern von Abfällen über einen Zeitraum von jeweils mehr als einem Jahr mit einer Aufnahmekapazität von 10 Tonnen oder mehr je Tag oder einer Gesamtlagerkapazität von 25 000 Tonnen oder mehr für Inertabfälle auf dem Grundstück Fl.-Nr. 1509 der Gemarkung Walchshofen

Beantragte Änderungen des Vorhabens:

- Erhöhung der Mischleistung von derzeit 80 t/h auf 120 t/h
- Erhöhung der Brennerleistung von 9,4 MW auf 10,2 MW
- Austausch der Trockentrommel
- Austausch der Abluftreinigung (filternder Abscheider)
- Austausch der Fremdfüllersilos (Reduzierung von drei auf zwei Silos)
- Austausch der Kaminanlage: Erhöhung des Kamins von derzeit 20 Meter auf 40 Meter
- Versetzen des Fräsbrechers für Altasphalt
- Änderung der Lagerflächen: Räumung des Grundstückes Fl.-Nr. 1508 und Verlegung des Asphaltchollenlagers auf das Grundstück Fl.-Nr. 1509, Vergrößerung des Asphaltchollenlagers

Nr. gemäß Anlage 1 UVPG:

8.9.2.1 (Errichtung und Betrieb einer Anlage zur Lagerung von Abfällen über einen Zeitraum von jeweils mehr als einem Jahr, bei nicht gefährlichen Abfällen mit einer Aufnahmekapazität von 10 t je Tag oder mehr oder einer Gesamtlagerkapazität von 150 t oder mehr)

Ergebnis der Allgemeinen Vorprüfung:

Die überschlägige Prüfung der nach Anlage 2 des UVPG eingereichten Unterlagen der Vorhabensträgerin hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach Einschätzung des Landratsamtes Aichach-Friedberg unter Berücksichtigung der in Anlage 3 zum UVPG aufgeführten Kriterien nicht erforderlich ist, da das Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben kann, die nach § 25 UVPG zu berücksichtigen sind.

Wesentliche Gründe für das Nichtbestehen der UVP-Pflicht:

Die ermittelten Umweltauswirkungen des Vorhabens auf die Schutzgüter Mensch, Pflanzen, Tiere, Fläche, Boden, Wasser, Luft und Landschaft sind geographisch sehr eng begrenzt und von der Schwere her grundsätzlich nicht als erheblich einzustufen.

Das Vorhaben befindet sich in einem Gebiet (Außenbereich, ca. 350 Meter südlich der Wohnbebauung des Stadtteils Walchshofen der Stadt Aichach), das geprägt ist durch landwirtschaftliche Nutzungen als Grünland und Ackerflächen. Eine zusätzliche Beeinträchtigung der Menschen, die in Walchshofen oder in Oberbernbach, dem anderen nahegelegenen Stadtteil der Stadt Aichach wohnen, durch Schwebstaubimmissionen, Staubniederschlag und Benzolimmissionen bestehen nicht. Durch technische und bauliche Schutzmaßnahmen (technische Einrichtungen zur Minimierung der Schallemissionen) sowie Betriebsabläufe und -organisation werden die Auswirkungen des Vorhabens minimiert.

Mit dem Änderungsvorhaben ist auch die Beseitigung eines biotopkartierten Feldgehölzes verbunden. Die erforderliche Ausnahme für die Beseitigung konnte durch die untere Natur-

schutzbehörde erteilt werden, da Ausgleichmaßnahmen zur Herstellung von Ersatzlebensräumen für die dort lebenden Arten durchgeführt werden. Diese Maßnahmen beinhalten die Schaffung von Auwaldflächen mit vorgelagertem Krautsaum und die Schaffung eines Trockenstandortes durch Stein- und Sandschüttungen. Diese Ersatzlebensräume müssen als sogenannte vorgezogene Kompensationsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) ihre Lebensraumqualität bereits entfalten, bevor die Lebensräume auf dem Betriebsgelände beseitigt werden; dies wird durch eine entsprechende Bedingung in der Genehmigung sichergestellt.

Auch soweit durch die beantragten Änderungen Lebensräume für Pflanzen und Tiere kurzzeitig oder längerfristig verloren gehen oder verändert werden, erfolgt eine angemessene Kompensation. Durch die Verlagerung des Asphaltchollenlagers ist bei der im Bereich des Asphaltchollenlagers lebenden Population der Zauneidechse die Tötung oder Verletzung einzelner Individuen nicht ausgeschlossen. Die höhere Naturschutzbehörde bei der Regierung von Schwaben hat für den möglichen Verlust einzelner Individuen eine artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung erteilt und gleichzeitig Auflagen zur Minimierung des Eingriffs festgelegt. Dabei wurde auch berücksichtigt, dass auch schon bisher beim genehmigten Betrieb der Asphaltmischanlage und des Asphaltchollenlagers (Umschlag der Schollen) immer eine potentielle dauerhafte Gefährdung der Zauneidechse besteht.

Direkt angrenzend an die Asphaltmischanlage mit Asphaltchollenlager liegt das FFH-Gebiet 7433-371 „Paar und Ecknach“. Die ermittelte Zusatzbelastung an Stickstoffeinträgen wurde gutachterlich ermittelt und unterschreitet das als zulässig erachtete „Abschneidekriterium“ des Stickstoffdepositionswertes deutlich. Deshalb besteht keine ernsthafte Besorgnis nachteiliger Auswirkungen auf das FFH-Gebiet. Andere im Einwirkungsbereich befindliche Biotope weisen keine stickstoffempfindlichen Ökosysteme auf. Da das Niederschlagswasser im Bereich der Anlage breitflächig versickert und auf der Anlage nur gering verunreinigter Ausbauasphalt gelagert wird, ist auch nicht mit einer Verunreinigung der Paar durch direkten Stoffeintrag zu rechnen.

Das Schutzgut Wasser wird nicht beeinträchtigt, da auf der vorhandenen Lagerfläche weiterhin nur Ausbauasphalt in Form von Schollen, Fräsgut und Granulat mit einem PAK-Gehalt von weniger als 25 mg/kg zwischengelagert wird. Für die Lagerung des Altasphalts in Form von Schollen, Fräsgut und Granulat konnte deshalb eine Ausnahme nach § 16 der Verordnung zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) erteilt werden. Die als Ausbauasphalt oder Fräsgut angelieferten Mengen werden zu 100 Prozent in der Anlage verwertet. Das Niederschlagswasser wird auf der Anlage breitflächig versickert.

Die ermittelten Umweltauswirkungen des Vorhabens haben auch keine Auswirkungen auf das Schutzziel Umweltqualitätsnormen Grundwasserkörper mit Überschreitungen bei Nitrat und PSM. Durch die Anlage werden weder Nitrat noch Pflanzenschutzmittel erzeugt bzw. genutzt. Das Änderungsvorhaben hat deshalb aus wasserwirtschaftlicher Sicht keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen hinsichtlich der besonderen Empfindlichkeit oder den Schutzzielen der Gebiete.

Das Schutzgut Landschaft ist bereits durch den bestehenden Kamin beeinträchtigt, so dass die geplante Erhöhung des Kamines keine erhebliche Verschlechterung mit sich bringt. Die Lagerhöhe für die Asphaltchollen verändert sich nicht.

Die Feststellung, dass im vorliegenden Fall eine Umweltverträglichkeitsprüfung unterbleibt, ist nicht selbstständig anfechtbar.

Franz Zierer
Oberregierungsrat“